



Politischer Informationsdienst aus Berlin
für den Wahlkreis 119 - Essen II -
Herausgegeben von Jutta Eckenbach MdB (CDU)

Sitzungswoche vom 26.01. bis 30.01.2015



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,*

eine mit Terminen „vollgestopfte“ Sitzungswoche geht zu Ende. Neben den „normalen“ Terminen wie der Teilnahme an den Arbeitsgruppen, in den Ausschüssen etc. hatte ich zahlreiche Gesprächstermine anderer Art.

So traf ich mich mit Vertretern der ECARF (European Centre for Allergy Research Foundation), einer Organisation, die sich unter anderem mit der Vermittlung der Allergieforschung in Kitas und Grundschulen befasst.

Darüber hinaus informierte ich mich im Gespräch mit Vertretern der Samsung Electronic GmbH über die IT-Unterstützung für unsere Essener Schulen. Ich war sehr beeindruckt von dem Engagement und dem Willen zur Weiterentwicklung des Bildungswesens im schulischen Bereich.

Zum Ende der Woche erhielt ich Besuch aus Essen. Der Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Essen folgte der Einladung und verlagerte seinen Sitzungsort nach Berlin. Welche interessanten Gespräche geführt wurden, erfahren Sie auf den folgenden Seiten.

Herzlichst
Ihre



In dieser Ausgabe:

Gedenkstunde im Deutschen Bundestag

Ruhrgebiet gegen Terror

Verwaltungsausschuss in Berlin

Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe gestiegen

Rat für Nachhaltige Entwicklung sucht...

**Jutta trifft ... -
am 19.2.15,
um 19 Uhr
Thomas Kufen
MdL**

*(weitere Informationen
finden Sie unter
www.juttaeckenbach.de)*

Gedenkstunde im Deutschen Bundestag

Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben, sagte Bundespräsident Joachim Gauck am Dienstag, 27. Januar 2015, in einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes. Auch wenn der Holocaust nicht mehr für alle Bürger zu den Kernelementen deutscher Identität zählen möge, so gelte doch weiterhin: „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.“

Am 70. Jahrestag der Befreiung des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch Soldaten der Roten Armee gedachte der Bundestag - wie in jedem Jahr seit 1996 - der Opfer des Nationalsozialismus. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert hieß dazu neben dem Bundespräsidenten auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Bundesratspräsident Volker Bouffier und Bundesverfassungsgerichtspräsident Prof. Dr. Andreas Voßkuhle zahlreiche Ehrengäste auf der Tribüne willkommen. Stellvertretend nannte Lammert den polnischen Journalisten Marian Turski, der als 18-Jähriger nach Auschwitz deportiert worden war und den Todesmarsch nach Buchenwald überlebte.



Der Bundestagspräsident erinnerte daran, dass Israel und die Bundesrepublik vor 50 Jahren die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart hätten: „Gerade einmal 20 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz war das alles andere als selbstverständlich.“ Es habe einen Vertrauensvorschuss gegenüber einem jungen, neuen deutschen Staat bedeutet, der „noch am Anfang einer schmerzhaften Aufarbeitungsgeschichte stand“.

Lammert verwies ferner auf die gesellschaftliche Bedeutung der Auschwitz-Prozesse vor 50 Jahren. Die Zeugenaussagen hätten Opfer und Täter aus ihrer Anonymität geholt und zu „erschütternden neuen Einsichten in eine Gesellschaft“ verholfen, die das zugelassen habe. Der Holocaust sei ein Zivilisationsbruch gewesen, der inmitten einer zivilisierten Gesellschaft geschah.

Die moralische Aufarbeitung „endet nie“, betonte Lammert. Die breite, von zahlreichen Initiativen der Zivilgesellschaft getragene Gedenklandschaft in Deutschland leiste dazu einen wichtigen Beitrag. Die Frage, was eine Welt ohne Zeitzeugen für das Erinnern an den Holocaust bedeutet, beantwortete der Bundestagspräsident mit einem Verweis auf Elie Wiesel, der vor 15 Jahren die Gedenkrede im Bundestag gehalten hatte: Für Wiesel wird jeder, der heute einem Zeugen zuhört, selbst ein Zeuge.

1996 erklärte der damalige Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“. Als Datum wählte er den Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz im Jahre 1945.

In der Zeit vom 27. Januar 2015 bis zum 28. Februar 2015 zeigt der Deutsche Bundestag in der Ausstellung **»Zeichnen gegen das Vergessen«** großformatige Porträts, durchweg Kohlezeichnungen, von Kindern und Jugendlichen, die zu Opfern des nationalsozialistischen Terrors wurden.

Weitere Informationen unter: http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/ausstellungen/parl_hist/zeichnen_gegen_vergessen

Ruhrgebiet gegen Terror

Im Rahmen einer Umfrage der WAZ unter den Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet zu geeigneten Maßnahmen im Kampf gegen den Terror äußerte ich mich wie folgt:

„Bislang konnten Terrorzellen durch unsere Ermittlungsbehörden rechtzeitig erkannt und geplante Anschläge vereitelt werden. Meines Erachtens müssen zum einen strafrechtlich verurteilte oder verfassungsfeindliche Personen in ihre Heimatländer konsequenter abgeschoben werden. Sozialpolitisch müssen wir aber auch perspektivlose Jugendliche stärker an die Hand nehmen.“

Egal welcher Herkunft! Denn perspektivlose Jugendliche sind immer ein leichtes „Opfer“ für radikalisierte Gruppen.“

Alle Statements zu dieser Umfrage können Sie unter auf der Homepage der WAZ nachlesen. (<http://www.derwesten.de/politik/viele-revier-abgeordnete-fuer-harte-terror-gesetze-id10271666.html>)

Verwaltungsausschuss in Berlin

Auf Initiative meines Bundestagskollegen Dirk Heidenblut und mir tagte der Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Essen in Berlin. Am Donnerstag begrüßten wir die Mitglieder des Verwaltungsausschusses bei einem gemeinsamen Mittagessen bevor der Ausschuss am Nachmittag tagte. Am Freitag diskutierten wir gemeinsam über die arbeitspolitischen Fragestellungen für Essen. Besprochen wurde u.a. die Themen Beruflicher Einstieg junger Menschen, Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und die Vermittlung von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt. Neben der Parlamentarischen Staatssekretärin des BMAS Anette Kramme



MdB, die bereits in der vergangenen Woche in Essen zu Gast war, nahmen an der gemeinsamen Sitzung Karl Schiewerling, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vertreter des DGB und des BDA teil. Auf diese Weise konnte ein direkter Austausch zwischen Ministeriumsarbeit und der Arbeit vor Ort stattfinden.

Innerhalb der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales bin ich die einzige CDU Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet. Mit meiner Arbeit in Berlin will ich bei der Lösung der Probleme in meiner Heimatstadt Essen helfen. Um aber Abläufe und Strukturen verstehen zu können, muss man sie darstellen und erörtern. Zudem muss verstärkt auf die arbeitsmarktpolitische Situation in Essen aufmerksam gemacht werden. Die Besonderheiten einer Großstadt aus dem Ruhrgebiet im Hinblick auf den Arbeitsmarkt müssen auch in den politischen Entscheidungen Widerhall finden.

Mit der Reise konnten die Mitglieder des Verwaltungsausschusses einen kleinen Einblick in meine Arbeit hier in Berlin erhalten. Ich danke allen Organisatoren an dieser Stelle ausdrücklich, denn ohne sie wäre dies nicht möglich geworden.

Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe gestiegen

Der Bund sowie die Länder und ihre Gemeinden haben im Jahr 2013 insgesamt rund 35,5 Milliarden Euro für Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben. Das sind rund zehn Prozent mehr als 2012. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von etwa 2,7 Milliarden Euro - unter anderem aus Gebühren und Teilnahmebeiträgen - wendete die öffentliche Hand netto rund 32,8 Milliarden Euro auf. Gegenüber 2012 entsprach das ebenfalls einer Steigerung von rund zehn Prozent. Der größte Teil der Ausgaben (65 Prozent) entfiel mit rund 23 Milliarden Euro auf die Kindertagesbetreuung. Das waren 13 Prozent mehr als 2012. Rund ein Viertel der Ausgaben - insgesamt mehr als 8,7 Milliarden Euro - wendeten die öffentlichen Träger für Hilfen zur Erziehung auf. Davon entfielen etwa 4,7 Milliarden Euro auf die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder anderer betreuter Wohnform. Knapp fünf Prozent der Gesamtausgaben (rund 1,7 Milliarden Euro) wurden in Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendarbeit investiert, zum Beispiel in außerschulische Jugendbildung, Kinder- und Jugenderholung oder Jugendzentren. *(Quelle: Statistisches Bundesamt)*

Rat für Nachhaltige Entwicklung sucht...

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung sucht bis zum 15. Februar 2015 100 junge Akteure zum Austausch von Erfahrungen über kommunale Vorhaben zur Nachhaltigkeit. Die Angehörigen der Generation, die in Zukunft mehr Verantwortung tragen wird, sollen über Erfolge und Schwierigkeiten ihrer Arbeit berichten: Wie wirkt die nationale Nachhaltigkeitspolitik auf kommunaler Ebene?

Die **Einladung zum Dialog** richtet sich an Haupt- und Ehrenamtliche in der Kommunalpolitik, Mitarbeiter der kommunalen Wirtschaft sowie der Verwaltung, die nicht älter als 30 Jahre sind. Die Auswahl erfolgt durch den Nachhaltigkeitsrat entsprechend dieser drei Tätigkeitsbereiche sowie nach Geschlecht, regionalem Proporz und Alter (jüngste Bewerber).

Nachhaltigkeit hat viele Gesichter. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) wurde erstmals im April 2001 von der Bundesregierung berufen. Ihm gehören 15 Personen des öffentlichen Lebens an. Die Aufgaben des Rates sind die Entwicklung von Beiträgen für die Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die Benennung von konkreten Handlungsfeldern und Projekten sowie Nachhaltigkeit zu einem wichtigen öffentlichen Anliegen zu machen. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel setzt die nationale Nachhaltigkeitsstrategie fort und hat den RNE zum 1. Juli 2013 für weitere drei Jahre berufen.

Weitere Informationen unter: <http://www.nachhaltigkeitsrat.de>



Sie finden mich auch auf www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB